

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telek: 888846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Margitta Terborg MdB
fürchtet, daß die SPD
jetzt in der Asylfrage
"weichgeklopft" werden
wird.

Seite 1

Dokumentation
Lafontaine-Interview
zum Wahlausgang.

Seite 2

Dr. Albert Schmid MdL
fordert massiven Woh-
nungsneubau und ein
soziales Bodenrecht.

Seite 3

47. Jahrgang / 67

6. April 1992

Zweifel an der Fähigkeit zur Umkehr

Die SPD muß wieder Anwalt für die Sorgen und Nöte der kleinen Leute werden

Von Margitta Terborg MdB

Daß nach verlorenen oder doch zumindest erschreckend ausgegan- genen Wahlen den Matadoren die Enttäuschung ins Gesicht geschrie- ben steht, das kann unarsens ja noch nachvollziehen. Die Erklärungs- versuche aller Seiten allerdings nicht mehr. Da war es wieder, das alt- bekannte Politiker-Gewäsch, das eine wachsende Zahl von Bürgerin- nen und Bürgern schlicht zum Kotzen findet. Von Problemlösungen und -Blockaden war die Rede, von einer ernsthaften Herausforderung für die demokratischen Parteien, wenn's hoch kam, von verständlichem Unmut, der sich in Proteststimmen und Wahlenthaltung niederge- schlagen habe. Und dann waren sie schnell wieder beim sattsam be- kannten Schuldzuweisungspoker, eher noch verbiesterter als vor dem enttäuschenden Wahlausgang.

Eine andere Argumentation wäre angebracht. Für Sozialdemokraten müßte sie etwa so lauten. In Schleswig-Holstein ist die Wahl erstaunlich gut gelaufen. Nach verbrauchten Anti-Barschel-Effekt sogar über- durchschnittlich gut. Was sich nicht zuletzt in der Tatsache nieder- schlägt, daß sämtliche 45 Wahlkreise an die SPD gegangen sind. Al- lerdings; die Rechtsstimmen und die Nichtwähler signalisieren einen wachsenden Vertrauensverlust, der auch uns voll erwischt hat. Ein Idealer Spitzenkandidat hat den Einbruch verhindert, mehr aber auch nicht.

Und in Baden-Württemberg? Nun, da lehrt uns ein Blick in die großen Städte, das es schlimmer eigentlich nicht mehr kommen könnte. Wirk- lich nicht? Es kommt noch schlimmer, wenn unsere Yuppie-Sozialde- mokraten nach wie vor ignorieren, daß ihr Image bei den kleinen Leuten verheerender kaum sein kann. Was helfen große Sprüche von Machtwechsel und Wirtschaftskompetenz, wenn sie nicht geglaubt werden, weil man der Partei nicht mehr glaubt, daß sie der Anwalt für die Sorgen und Nöte der kleinen Leute ist. Hier ist weggebrochen, was man bei den Aufsteigern nicht holen kann, um die Verluste auch nur auszugleichen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mitl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreuzträger Umwelt
www.vorstellungsbildungen
Recyclingpapier



Einmal bei der Ursachenforschung, sollte man auch nicht verdrängen, welch merkwürdiges Bild die Bonner Parteispitze über viel Wochen geboten hat. Meinte man wirklich, man müsse nur zwei Wochen den Mund halten und schon sei es alles wieder vergessen? Nein, das Bonner Affentheater war ja auch nur Indiz für den Realitätsverlust, der unsere Spitze befallen hat.

Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird Partei und Fraktion in der Asylfrage weichgeklopft, entnervt einer Verfassungsänderung zustimmen - und sich prompt einen weiteren tiefgehenden Vertrauensverlust bei den nachdenklichen Sozialdemokraten einhandeln. Ich frage mich, wieviele Gruppen wir noch enttäuschen wollen, bis wir zur einmal vorhandenen sozialdemokratischen Grundeinsicht zurückfinden. Die lautet schlicht: Wenn sich eine Partei vom Volk entfernt, ist nicht das Volk schuld, sondern die Partei, die sich auf allen Problemfeldern der Erde tummelt und den Müll vor der Haustür, die Barbarei auf dem Mietensektor in der Nachbarschaft, das Problem wachsender Armut und Hoffnungslosigkeit mit dem wohlfeilen Gewäsch der politischen Klasse zukleistert.

(-/6. April 1992/jr/ks)

DOKUMENTATION

Die sozialen Spannungen sind die eigentlichen Ursachen

Zum Ausgang der Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein hat der stellvertretende Parteivorsitzende, Ministerpräsident Oskar Lafontaine, heute morgen dem Saarländischen Rundfunk das folgende Interview gegeben:

Die großen Parteien waren bei den gestrigen Wahlen die großen Verlierer. Die Rechtsaußen-Parteien hingegen, die sich gestern mit Schalspelz schmückten und so taten, als sei Ausländerfeindlichkeit für sie ein Fremdwort, die großen Gewinner.

Frage: Die Analysen sprachen von Protestwählern, die von der Arroganz der Macht der großen Parteien die Nase gestrichen voll hätten. Das muß Sie doch hart treffen?

O.L.: Ich glaube, daß die eigentlichen Ursachen des Starkwerdens der Rechtsradikalen bei diesen Landtagswahlen darin zu sehen sind, daß wir in stärkerem Ausmaß soziale Spannungen haben. Es gibt ein Sinken der Reallohne, ein Sinken der Renten, es gibt einen Anstieg der Mietpreise und einen Anstieg der Preise überhaupt, und wenn dann solche soziale Spannungen verbunden sind mit Arbeitslosigkeit, dann gibt es immer einen Hand, rechts zu wählen.

Frage: Glauben Sie nicht, daß auch das Thema 'Asyl' eine Rolle gespielt hat.

O.L.: Die sozialen Spannungen sind die eigentliche Ursache. Erst dann werden Zuwanderer zum Problem. Es ist völlig unzulässig, eine Gruppe von Zuwanderern immer wieder herauszupicken, das sind die Asylantragsteller, und zu übersehen, daß wir eben eine andere große Gruppe haben, das sind die Aussiedler. Wenn dann beide Gruppen zu Hunderttausenden kommen, dann herrscht insbesondere angesichts der Tatsache, daß die Bundesregierung seit '62 den sozialen Wohnungsbau vernachlässigt hat, ein großes Problem auf dem Wohnungsmarkt. Und dies führt dann zu fremdenfeindlichen Reaktionen. Aber man darf die Ursache mit der Wirkung nicht verwechseln, wie das in vielen Stellungnahmen geschehen ist. Die Ursachen sind die steigenden sozialen Spannungen. Zu befürchten ist ja, daß diese in den nächsten Jahren nicht abnehmen, denn der leitende Angestellte der Bundesrepublik, Herr Bundeskanzler Kohl, hat die Kosten der Einheit um 2.000 bis 3.000 Milliarden unterschätzt, und die sind nun einmal aufzubringen. Und hier haben die Menschen zunächst einmal die große Sorge, daß sie über die wahren Kosten der Einheit belogen werden. Zum zweiten ist erwiesen, daß, so lange diese Bundesregierung im Amt ist, die Lasten ungerecht verteilt werden. Der letzte Hit

war eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und gleichzeitig ein Senken der Vermögenssteuer und der Unternehmenssteuer.

Frage: Dennoch konnte sich die SPD nicht behaupten. Was muß an der Politik der SPD geändert werden?

Q.L.: Wenn es starke soziale Spannungen gibt, und solche Verwerfungen, wie ich sie eben gerade geschildert habe, dann wählen insbesondere sozial Schwächere rechteradikal, das ist ein Dilemma der SPD. Die SPD kann das von sich aus nur durch überzeugende Vorstellungen einigermaßen auffangen, aber diese überzeugenden Vorstellungen sind dann nicht mehr leicht zu entwickeln und auch populär zu machen, wenn es um die Frage geht, wie vertellen wir die 2.000 bis 3.000 Milliarden DM.

Frage: In Schleswig-Holstein hat Björn Engholm mehr als acht Prozent verloren. Ist er damit als Kanzlerkandidat ein Auslaufmodell?

Q.L.: Zunächst einmal sollte man auch nicht, was gestern abend in vielen Stellungnahmen geschehen ist, 46 Prozent in Schleswig-Holstein, einem traditionell konservativen Land, gleichsetzen mit 39 Prozent in Baden-Württemberg, einem traditionellen CDU-Land. Dennoch haben uns diese Verluste geschmerzt, aber Björn Engholm hat die absolute Mehrheit verteidigt. Die Frage stellt sich also nicht nach dem Kanzlerkandidaten der SPD, wie das jetzt der ein oder andere gerne tun würde, sondern nach dem leitenden Angestellten der Republik. Ich überlasse es unseren Zuhörerinnen und Zuhörern zu beurteilen, was ein Unternehmen mit einem leitenden Angestellten machen würde, der sich eben um 2.000 bis 3.000 Milliarden DM verkalkuliert hat.

(-/6. April 1992/ru/ks)

Den Wohnungsbau fördern, das Bodenrecht sozial gestalten **In Bayern fehlen 250.000 Wohnungen**

Von Dr. Albert Schmid MdL
Wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

In Bayern fehlen 250.000 Wohnungen. Davon sind etwa 700.000 Menschen betroffen. Diese Situation auf dem Wohnungsmarkt birgt immensen sozialen Sprengstoff. Sie ist deshalb zu einer erstrangigen Herausforderung für die Politik auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene geworden. Notwendig sind ein Bündel von Maßnahmen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, zur Sicherung preiswerten Wohnens und zur Mobilisierung von Bauland. Wir haben im bayerischen Landtag eine Reihe von Anträgen mit dem Ziel gestellt, die Mittel für den Wohnungsbau zu konzentrieren, die Gemeinden mit bodenrechtlichen Möglichkeiten auszustatten und die Mieter zu schützen.

Den Wohnungsneubau zu beleben ist das Gebot der Stunde. Angesichts des Wohnungsmangels von 250.000 Wohnungen in Bayern wären jährliche Fertigstellungsziffern von 100.000 Wohnungseinheiten bis in die Mitte der neunziger Jahre notwendig. Im letzten Jahr wurden aber nur 71.000 Wohneinheiten gebaut. Der soziale Wohnungsbau - insbesondere der soziale Mietwohnungsbau im ersten Förderungsweg - ist zu einer Restgröße mit etwa 5.000 bis 6.000 fertiggestellten Wohnungen verkümmert. Der Wohnungsbau muß verstetigt werden, dazu gehört auch eine berechenbare Förderung. Im Nachtragshaushalt wurden lediglich 50 Millionen Mark zusätzlich beschlossen. Die SPD-Landtagsfraktion fordert, mindestens 100 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, um den sozialen Wohnungsbau endlich anzukurbeln.

Wir möchten auch den genossenschaftlichen Wohnungsbau in die Eigentumsförderung einbeziehen. Derzeit betragen die Genossenschaftsanteile pro Mitglied häufig zwischen 1.000 und 2.000 DM. Damit kann zwar der Bestand von Wohnungen gepflegt werden, aber eine Neubautätigkeit ist den Genossenschaften mangels Eigenkapital nicht möglich. Mein Vorschlag ist: Die Genossenschaftsanteile können zwischen 30.000 DM und 50.000 DM betragen. Sie werden steuerlich so behandelt, als ob es sich um Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten für Wohnungseigentum handelt. Dem Mitglied der Genossenschaft stehen Steuerermäßigung in nennenswerter Höhe zu, den Wohnungsgenossenschaften Eigenkapital, mit dem man dann bauen kann. Mit 200 Genossenschaftseinlagen zwischen 30.000 und 50.000 DM werden zwischen drei und fünf Millionen DM Eigenmittel für den genossenschaftlichen Wohnungsbau mobilisiert. So wird neuer Wohnraum geschaffen und der Anteilseigner einer Genossenschaft erwirbt gleichzeitig ein Dauerwohnrecht. Für viele Arbeitnehmer - gerade Facharbeiter mit Kindern - wäre diese Form des Wohnens eine echte Alternative zur Eigentumsbildung und zur Inanspruchnahme von Sozialwohnungen. In namentlicher Abstimmung hat die CSU-Fraktion dieses Modell abgelehnt.

Alle Wohnungsbauförderungsmaßnahmen verpuffen aber, wenn das Bodenrecht nicht reformiert wird. Der Bodenkostenanteil an einer Wohnung liegt heute zwischen 30 und 50 Prozent. Damit wird deutlich, daß bei der Bodenpolitik nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit angesetzt werden muß, sondern daß durch Reformen auch die Kosten pro Wohnung erheblich gesenkt werden können. Bauland steht ausreichend zur Verfügung. In Bebauungsplänen ist Bauland für 400.000 Wohnungen, in Flächennutzungsplänen darüberhinaus für 500.000 Wohnungen ausgewiesen. Dieses Bauland für 900.000 Wohnungen muß mobilisiert werden. Zum einen kann das dadurch geschehen, daß die spekulative Hortung von Bauland steuerlich stärker belastet wird. "Unbebautes, baureifes" Land ist eine Kategorie des Bewertungsgesetzes. Ohne großen Verwaltungsaufwand könnten die Gemeinden, wenn es für diese Grundstücke eine eigene Steuermaßzahl im Grundsteuerrecht gäbe, tätig werden.

Zum anderen schlagen wir eine Ankaufsrecht für die Gemeinden vor. Die Gemeinden sollen in die Lage versetzt werden, in Gebieten mit dringendem Wohnbedarf Bauland, das für eine bestimmte Frist von Jahren nicht genutzt wird, zu einem Preis zu erwerben, den dieses Land vor Ausweisung als Bauland kostete.

Wir diskutieren in einer breit angelegten Kampagne unsere Vorschläge mit Vertretern der Wohnungsbaugenossenschaften, der Mietervereine, des Haus- und Grundbesitzverbandes, der Gewerkschaften und den Kommunalpolitikern. Die Praktiker der Wohnungswirtschaft unterstützen unsere Forderungen größtenteils.

(-/6. April 1992/ru/ks)
